

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 27.01.2025

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

Vertreter für Ratsherrn Dudas

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Ratsherr Stephan Haase

Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus

Herr Stephan Theo Hammer

Herr Marcus Müller

Herr Matthias Reuver

Herr Frank Kusmirtz

Frau Petra Noack

Frau Claudia Stelse

Frau Melita Alzorba

Frau Celine Fenner

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Herr Stefan Frenz

zu Tagesordnungspunkt 2 der
nicht öffentlichen Sitzung

Frau Petra Göldner-Haldimann

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Herr Frank Ruffer

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Frau Nicole Schulte

Frau Joanne Busse

Schriftführung:

Frau Anja Weber

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 17:53 Uhr

1. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

2. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, 11.05.2025 Vorlage: 281/2024

2.1. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, 11.05.2025 /1. Ergänzung Vorlage: 281/2024/1

Ratsherr Voß erklärt, dass die SPD zustimmen werde. Er betont aber weiterhin, dass für das nächste Jahr bei der Planung auf den Muttertag Rücksicht genommen werden solle.

Ratsherr Filippek weist dagegen darauf hin, dass ver.di nicht unwichtig in dieser Auseinandersetzung sei. 2022 musste der verkaufsoffene Sonntag nach Klage von ver.di kurzfristig abgesagt werden. Aus dem Grund stelle er die Frage, wie es passieren könne, dass so eine wichtige Unterlage wie die ver.di Stellungnahme in der Verwaltung verschwinden könne. Zusätzlich stellt er die Frage in den Raum, ob die Vorlage auch rechtssicher sei, wenn ver.di erneut klage.

Bürgermeister Wagemeyer entgegnet, dass die Stellungnahme nicht verschwunden war, sondern übersehen wurde.

Ratsherr Hellwig schlägt eine redaktionelle Änderung im zweiten Satz der Begründung vor. In dem Satz „Dies ist leider nicht zutreffend“ würde er das Wort leider streichen, weil es falsch verstanden werden könne.

Bürgermeister Wagemeyer betont, dass man es auf verschiedene Weise verstehen könne, stimmt der Änderung aber zu, wenn es der Entscheidungsfindung helfe.

Ratsherr Fröhling bestätigt, dass die CDU Fraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Es gehe darum, die Einkaufsstadt gegen das Internet und die umliegenden Städte zu positionieren. Außerdem möchten die Verkäufer*innen selber an einem verkaufsoffenen Sonntag arbeiten, weil es Zuschläge und Freizeitausgleich geben würde. Im Übrigen betont er, dass es um einen Tag gehen würde und nicht um jeden Sonntag.

Ratsherr Weiland bedankt sich für die Arbeit, die in die Vorlage gesteckt wurde. Des Weiteren schließt er sich den Äußerungen von Ratsherrn Fröhling an, dass die Stadt Lüdenscheid sich im Wettbewerb mit den anderen Städten befände, die teilweise zwei oder drei verkaufsoffene Sonntage anbieten würden.

Ratsherr Oettinghaus hofft, dass es ein guter Tag für den Einzelhandel werde.

Ratsherr Stach erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Er bedauert aber, dass sich ver.di für eine solche Sache instrumentalisieren lasse.

Ratsherr Filippek hinterfragt, ob das Verhältnis zwischen Aktions- und Verkaufsfläche stimmen würde und ob es auch Aktivitäten im Sterncenter gäbe.

Erster Beigeordneter Kessler bedauert ausdrücklich das Übersehen der Stellungnahme von ver.di und betont, dass in der Vorlage wirklich versucht worden sei, alle Eventualitäten abzuwägen. Zusätzlich informiert er, dass es im Sterncenter natürlich Aktivitäten geben werde.

Bürgermeister Wagemeyer bedankt sich abschließend nochmal für die hervorragende Vorlage.

Anschließend empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid mit einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek folgenden

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Lüdenscheid am Sonntag, 11.05.2025, wird in der als Anlage 1 beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1

3. Jahresbericht des Standesamtes 2023 Vorlage: 271/2024

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes (Gebührensatzung Standesamt) vom 09.09.2020 Vorlage: 270/2024

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes (Gebührensatzung Standesamt) vom 09.09.2020 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

5. Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst (Notarztgebühr) Vorlage: 009/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

6. Unterstützung der EGC GmbH anlässlich eines Projektes zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers – Beitrag der Stadt als Gesellschafter der EGC GmbH Vorlage: 010/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Umsetzung des Projekts „INNOVATIONFactory“ der Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH (EGC GmbH) einschließlich der beteiligten Akteure wird befürwortet.
2. Eine anteilige Unterstützung der Stadt als Gesellschafter in Höhe von 102.000 € für den Fall einer positiven Förderzusage wird zugesichert.
3. Im Produkt 15.01.02 „Wirtschaftsförderung“ werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 102.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt bei dem im Sachverhalt dargestellten Produktsachkonto.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

7. 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13. bis 15. Mai 2025 in Hannover
Vorlage: 001/2025

Sowohl die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als auch die Fraktion der FDP verzichten auf die Teilnahme an der 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Zur Teilnahme an der vom 13. bis 15. Mai 2025 stattfindenden 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover werden benannt:

als Gäste:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa

Ratsherr Josef Filippek

Den vom Rat benannten Gästen wird die Teilnahme an der 43. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2025 als Dienstreise genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

8. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW)
Vorlage: 008/2025

Ratsherr Filippek weist auf den Antrag der Fraktion Die LINKE. für den Rat hin und nimmt die Vorlage heute nur zur Kenntnis.

Ratsherr Hellwig sieht in der Einführung der Bezahlkarte die Chance, dass es im ganzen Land einheitlich gemacht werde. Außerdem sehe er die Einführung als Vorsitzender des Ausschusses für Senioren, Soziales und Demografie als wichtige Maßnahme.

Ratsherr Stach fordert noch eine Ergänzung ein. Er möchte, dass nach einem Jahr ein Bericht vorgelegt werde, damit man die Maßnahme besser beurteilen könne.

Ratsherr Haase hingegen möchte wissen, ob sich durch die Einführung der Bezahlkarte die Wahrscheinlichkeit verringert, dass sich Personen mit mehreren Identitäten in Deutschland aufhalten werden.

Erster Beigeordneter Kessler bestätigte, dass es kein Problem sei, nach circa einem Jahr einen Bericht über die Einführung der Bezahlkarte vorzulegen. In diesem könnte dann auch auf die Frage von Ratsherrn Haase eingegangen werden.

Im Anschluss wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

9.2. Beantwortung von Anfragen

9.2.1. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Ratsherrn Bartsch in der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2024; hier Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Deponie Kleinleifringhausen

Die Beantwortung der Anfrage wurde am 27.01.2025 in das Ratsinformationssystem eingestellt. Die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmenden Mitglieder haben diese zusätzlich als Tischvorlage erhalten.

9.3. Anfragen

9.3.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.12.2024; hier Jahresabschluss - Produkt Brückenbauer-Büro A 45 (01.11.01.)

Die Anfrage wurde am 16.01.2025 in das Ratsinformationssystem eingestellt. Die Beantwortung der Anfrage wurde heute in das Ratsinformationssystem eingestellt. Die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmenden Mitglieder haben diese zusätzlich als Tischvorlagen erhalten.

Ratsherr Weiland bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und erklärt, dass er dazu noch zwei technische Fragen habe. Seine erste Frage beziehe sich auf die Abgrenzung zwischen den einzelnen Jahren. Ihn interessiere wie dabei verfahren wird. Als zweites würde er gerne wissen, ob die Stadt Lüdenscheid der Autobahn GmbH die Personalkosten mit Mehrwertsteuer in Rechnung stelle.

Bürgermeister Wagemeyer bestätigt die Aussage der zweiten Frage und gibt das Wort zur Beantwortung der ersten Frage an den Beigeordneten und Stadtkämmerer Haarhaus ab.

Stadtkämmerer Haarhaus erklärt, dass die Stadt Lüdenscheid den Betrag als Ertrag, da es eine Forderung sei, sachlogisch erst im Jahr 2023 gebucht habe. Die Autobahn GmbH hätte offensichtlich den Betrag bereits im Jahr 2022 verbucht; dadurch sei die Differenz entstanden.

9.3.2. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Haase; große Mengen Streusalz an Bushaltestellen

Rats Herr Haase teilt mit, dass ihm aufgefallen sei, dass gerade an Bushaltestellen übermäßig viel Salz gestreut werde. Dadurch würden teilweise kleine Salzhügel liegen bleiben. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob darauf geachtet werden könnte, dass die ausgebrachte Menge an Streusalz reduziert werde, damit die Salzhügel nicht bei Regen über die Kanalisation ins Grundwasser gelangen. Bürgermeister Wagemeyer versichert, dass Fachbereichsleiter Müller STL darauf hinweisen werde.

gez. Wagemeyer

gez. Anja Weber

Vorsitzender

Schriftführerin